

(Abgeordneter Seger.)

(A) beschäftigen, weil ich es für politisch außerordentlich notwendig und wichtig halte.

Präsident (unterbrechend): Ich muß trotzdem bitten, daß Sie nicht eingehend über diese Sachen sprechen. Das ist beiläufig gestreift worden, und Sie haben es auch beiläufig gestreift, das habe ich durchgehen lassen. Aber ich kann unmöglich immer wieder eine solche Abweichung von dem eigentlichen Thema zulassen.

Abgeordneter Seger (fortfahrend): Ich werde meine Ausführungen auch beiläufig machen.

Herr v. Byern meinte besonders, die Herren in Berlin sollten, statt zu reden, schweigen. Dadurch diene man dem Frieden mehr. Der frühere Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hat gesagt: Wenn es so weit ist, daß Friedensverhandlungen sind, soll das ganze Volk reden und seine Meinung sagen. Nun ist es so weit, denn jetzt sind schon Verhandlungen. Und nun meint Herr v. Byern — und offenbar hat er die Reichstagsabgeordneten gemeint, die schweigen sollten, denn sonst brauchte er nicht von Berlin zu reden —, das Parlament in Berlin solle schweigen. Dies ist eine schöne Auffassung von einem Politiker, der anderen Politikern vorschreiben will, daß sie in einem Augenblicke schweigen sollen, wo Reden sogar unbedingte Pflicht ist.

(B)

(Zurufe.)

Ja, die Art und Weise, wie er gesprochen hat, war, als ob er vor der Front stände, das nehme ich ihm nicht übel, aber seine Ausführungen waren in der Tat politisch, und sie betreffen natürlich auch den Antrag Nr. 1, der nicht die Ernährung, sondern die Beschaffung von billigen Arbeitskräften, von Geräten usw. behandelt.

Herr v. Byern sagte dann, es halte jetzt schwer, den Bedarf an Arbeitskraft festzustellen, weil es vom Friedensschluß abhängt, wieviel Rohstoffe hereinkommen, wie die Industrie wieder in Gang gebracht werden könne. Das ist sehr wichtig.

Er sagte dann weiter, wenn aber etwa ein Scheidemann-Friede käme, dann würde der Krieg noch lange dauern, dann würden also die Arbeiter den größten Schaden davon haben. Da ich mich als Arbeitervertreter fühle, gestatten Sie mir, Herr v. Byern, daß ich meine Meinung dazu äußere. Wenn Herr v. Byern meint, daß ein Scheidemann-Friede den Krieg verlängern würde, so wäre es zunächst einmal nötig, daß er seine Behauptung bewiese, denn mit der bloßen Behauptung ist nichts getan. Bekanntlich wird unter dem Begriff Scheidemann-Frieden der Friede der Verständigung ausgedrückt. Von

meinem Standpunkt muß ich sagen, daß der Begriff (C) noch viel zu verschwommen, daß er nicht scharf genug ausgedrückt ist. Es darf keine Vergewaltigung einer Nation oder auch nur eines kleinen Volkes stattfinden. Es ist mir immer als eine etwas merkwürdige Auffassung vorgekommen, wenn man sich auf der einen Seite auf den Standpunkt stellt, daß der eine das Recht habe, Eroberungen, wenigstens „Grenzsicherungen“ zu erlangen, daß es aber bei dem anderen, wenn er dasselbe Bestreben hat, als ein Verbrechen angekreidet wird. Die Dinge stehen doch so: Ein Politiker, der der Meinung ist, es müßten Eroberungen gemacht werden, muß natürlich dem Gegner auch das Recht zusprechen, Eroberungen zu machen; für den aber, der einen Verständigungsfrieden haben will, muß es natürlich ausgeschlossen sein, daß hüben und drüben Eroberungen gemacht werden.

Was aber mich und meine politischen Freunde vor allen Dingen von dem sogenannten Scheidemann-Frieden trennt, das ist das, daß wir das Selbstbestimmungsrecht der Völker wollen, daß nicht etwa eine Handvoll Besitzender im Namen der Völker sprechen darf, sondern daß das Volk in seiner Gesamtheit selbst spricht und entscheidet. Daß aber ein solcher Friede der Arbeiterschaft abträglich sein soll, ist eine Verkennung der Verhältnisse. Die 3½ Jahre Krieg und die Erkenntnis, daß Deutschland (D) politisch und wirtschaftlich eingeschnürt ist, hätte doch jedem schließlich das Verständnis einpauken können, daß, wenn man mit anderen Völkern wieder in Handelsbeziehungen treten will, man sich nicht auf den Standpunkt der Vergewaltigung, sondern der Verständigung stellen muß, und — das möchte ich hier ganz besonders ausgesprochen haben — die Arbeiter sehen als ihre Interessenwahrung etwas anderes an als den Wiederaufbau der kapitalistischen Ausbeutungsgesellschaft. Darin unterscheiden sie sich himmelweit von den Vertretern der heutigen Gesellschaftsordnung und von denen, die mit dazu helfen wollen, die kapitalistische Gesellschaft wieder aufzubauen. Die kapitalistische Gesellschaft hat durch ihre Ursachen und Wirkungen den Weltkrieg herbeigeführt.

Präsident (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich mache Sie nochmals darauf aufmerksam, daß wir nicht über Kriegsziele sprechen, sondern über die Ernährungsfragen. Wenn Sie gar nicht davon absehen — ich habe es zugelassen, daß Sie, nachdem eine Äußerung darüber gefallen ist, kurz diese erwidern —, so mache ich Sie darauf aufmerksam, daß ich Ihnen dann das Wort entziehen muß.